

Bericht

des Ausschusses für Umwelt-, Natur- und Klimaschutz zum Antrag der Abg. Klubobfrau Svazek BA, Berger, Lassacher, Rieder, Dr. Schöppl, Stöllner und Teufl (Nr. 124 der Beilagen) betreffend die Entnahme von Problemwölfen im Bundesland Salzburg

Der Ausschuss für Umwelt-, Natur- und Klimaschutz hat sich in der Sitzung vom 5. Februar 2020 mit dem Antrag befasst. Unter einem wurde auch der Antrag der Abg. Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf, Ing. Schnitzhofer und Huber (Nr. 245 der Beilagen) betreffend Maßnahmen zur Erhaltung der Biodiversität sowie der Weide- und Almlandwirtschaft und für ein aktives Wolfsmanagement verhandelt. Hinsichtlich der Darstellung der Debatte wird deshalb auf den Ausschussbericht ([Nr. 283 der Beilagen](#)) verwiesen.

Berichterstatterin Klubobfrau Abg. Svazek BA betont, dass der Wolf quasi über Nacht in unsere Region gekommen sei und sich sehr schnell ausbreite. Bei der Haltung von Nutztieren sei man es über Jahre hindurch gewohnt gewesen, ohne Schutzmaßnahmen auszukommen. Deshalb seien auch Herdeschutzmaßnahmen in Vergessenheit geraten, weil diese nicht notwendig gewesen seien. Der Wolf müsse wie jedes andere Wildtier einem Management unterzogen werden. Ihrer Meinung nach sei der Wolf weder in Österreich noch in Europa vom Aussterben bedroht. Angesichts der großen Populationen müsse man sich diesbezüglich keine Sorgen machen. Aufgrund der jagdrechtlichen Vorschriften sei darüber hinaus eine Ausrottung des Wolfes gar nicht möglich. Zu den Herdenschutzmaßnahmen erklärt sie, dass diese in Salzburg mit vielen Problemen behaftet seien. Die Errichtung von Zäunen sei in vielen Almgebieten nicht machbar, da es sich um besondere Zäune handeln müsse, die einer permanenten Wartung unterliegen würden. Dies sei mit einem erheblichen Aufwand verbunden. Darüber hinaus verweise sie auf die touristische Nutzung der Almen sowie auf die Auswirkungen auf den Wildwechsel. Ebenso sei der Einsatz von Hirtenhunden mit einigen Risiken verbunden. Weiters geht sie auf die Situation in Frankreich ein, wo ab einer Population von 500 Wölfen diese bejagt werden könnten. Von 1988 bis 2010 sei die Schaf-Population von 800.000 auf 425.000 zurückgegangen. Für die verbleibenden Herden gebe es einen Herdenschutz. Allein im Jahre 2017 seien von den 360 gezählten Wölfen 3.000 Attacken ausgegangen und es habe 11.000 gerissene Nutztiere gegeben, wobei 92 % der Attacken auf geschützte Herden erfolgt seien. Dies zeige, dass solche Herdenschutzmaßnahmen nicht der Weisheit letzter Schluss seien. In der Schweiz sei die Situation besser, jedoch werde ein hoher finanzieller Aufwand betrieben. Dennoch sei die Zahl der Schaf-Almen von 1.000 auf 700 zurückgegangen, weil kleinere Herden zu großen zusammengelegt worden seien. Angesichts der Kleinstrukturiertheit unserer Almwirtschaft sei ein Umlegen dieser Maßnahmen auf Salzburg nicht so einfach umsetzbar. Aus ihrer Sicht sei es deshalb notwendig, den Wolf wie jedes andere Wildtier zu managen. Die Entnahme von Problemwölfen gehöre dazu. Es gehe darum, den Wolf scheu zu halten und

damit von der Zivilisation fernzuhalten. Maßnahmen seien auch deshalb erforderlich, weil Schätzungen davon ausgingen, dass in den nächsten 15 Jahren zwischen 50 und 500 Wölfe sich in Österreich niederlassen würden. Herdenschutzmaßnahmen seien mit einem hohen finanziellen Aufwand verbunden. Nach ihren Informationen würden die Kosten zwischen € 150,- und € 500,- pro Tier und Jahr liegen, somit rund € 2 Mio. für ganz Österreich betragen. Diesbezüglich ersuche sie um Auskunft von den anwesenden Experten. Zusammenfassend spricht sie sich für eine Entscheidung auf Basis der Fakten aus.

Unter Hinweis auf die Zustimmung der FPÖ zum Antrag Nr. 245 stellt Klubobfrau Abg. Svazek BA den Antrag, den Bericht zur Kenntnis zu nehmen. Dieser Antrag wird mit den Stimmen von ÖVP, SPÖ, FPÖ und NEOS gegen die Stimme der GRÜNEN - sohin mehrstimmig - zum Beschluss erhoben.

Der Ausschuss für Umwelt-, Natur- und Klimaschutz stellt mit den Stimmen von ÖVP, SPÖ, FPÖ und NEOS gegen die Stimme der GRÜNEN - sohin mehrstimmig - den

Antrag,

der Salzburger Landtag wolle beschließen:

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

Salzburg, am 5. Februar 2020

Der Verhandlungsleiter:
Dr. Huber eh.

Die Berichterstatterin:
Svazek BA eh.

Beschluss des Salzburger Landtages vom 4. März 2020:

Der Antrag wurde mit den Stimmen von ÖVP, SPÖ, FPÖ und NEOS gegen die Stimme der GRÜNEN - sohin mehrstimmig - zum Beschluss erhoben.